heute „WELT-SPIEGEL“

Morgen-Ausgabe

mit „WELT-SPIEGEL“ 20 Pfg.

Erscheint wöchentl. 12mal mit Illustr. Sportblatt. Illustr. Gratis-Zeitschriften: „Der Weltspiegel“, „Modenspiegel“, „Kunstspiegel“, „Technische Rundschau“, „TON und BILD“, „Photo-Spiegel“, „UfK“, „Haus Hof Garten“ mit „Jugendspiegel“, „Jede Woche Musik“. Bezugspreis: wöchtl. 1,20, monatl. 5 RM einschl. Zustellung durch die Botenfrau im voraus zahlbar, durch die Post 5 RM monatl. inkl. 96 ₰ Postgebühr exkl. Zustellung. Auslands-Bezug durch die Hauptexpedition u. die Postanstalten in Oesterreich, Tschechoslowakei, Ungarn, der Schweiz, Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Lettland, Litauen, Estland; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entspr. Entgelts. In Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW 100, Rudolf Mosse-Haus und den nebenstehend aufgeführten Filialen. (Fernspr.: Dönhoff 8440–3457, für d. Fernverkehr 4207—4209.) Telegr.-Adr.: „Berliblatt“, Berlin-Rudolf Mosse-Code, Postscheckkonto: Berlin Nr. 324. Anzeigenpreis: Die 12gesp. Zeile 1,30 RM. Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Berlin: Hauptexpedition SW. 100, Rudolf Mosse-Haus Jerusalemer Strasse 46—49. Filialen: Badstr. 61, Blücherstr. 62, Pennstr. 1, Fidicinstr. 9, Frankfurter Allee 286 u. 346, Greifswalder Str. 197, Grosse Frankfurter Str. 89, Koehhannstr. 9, Königstr. 19, Köpenicker Str. 67/68, Moritzplatz, Müllerstr. 135, Potsdamer Str. 33, Rathenower Str. 3, Rheinsberger Str. 79, Rosenthaler Str. 48, Schiffbauerdamm 3, Schönhauser Allee 144, Turmstr. 61, Wiener Str. 1—6, Zimmerstr. 50; Charlottenburg: Kaiserdamm 20, Kantstr. 34, Nürnberger Str. 25/26, Scharrenstr. 39, Tauentzienstr. 2; Cöpenick: Schlossstr. 1; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunewald: Lehniner Platz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2, Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 93/94, Kaiser-Friedrich-Str. 243; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schöneberg: Hauptstr. 23/24, Martin-Luther-Str. 9; Spandau: Breite Str. 47; Steglitz: Schlossstr. 32; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Graetzstr. 61; Weissensee: Berliner Allee 247 (Antonplatz); Wilmersdorf: Hohenzollerndamm 156, Kaiserplatz 13, Uhlandstr. 88. In der Provinz: Brandenburg a. d. Havel: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 5; Frankfurt a. d. Oder: Regierungsstr. 4a; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Stettin: Mönchenstr. 31.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

59. Jahrgang • Nr. 338

und Handels-Zeitung

Sonntag, 20. Juli 1930

Am Kreuzweg.

T. W. Durch die Auflösung des Reichstags entsteht zunächst eine gewaltige Konfusion. Es ist die erste und notwendigste Aufgabe, aus dieser Verwirrung zur Klarheit, aus dem Gewabbel und Geschwabbel des Parteidurcheinanders zu festen Zielen zu kommen. Man kann sich weder für die fehlerhaft geborene Regierung des Herrn Brüning erwärmen, noch für die Taktik, mit der sie — unter unzulässiger Verdrehung eines für andere, weit tragischere Situationen bestimmten Verfassungsartikels — bis zur „Notverordnung“ hinschlidderte, und man kann ganz gewiss nicht das mit der geistlosen und ungerechten Kopfsteuer belastete Deckungsprogramm gutheissen, dem zu Ehren mit diesem schweren Geschütz geschossen wird. Das im Grunde nicht katastrophale Defizit hätte wahrscheinlich beseitigt, Notverordnung, Auflösung und ein wüster Wahlkampf hätten vermieden werden können, wenn Herr Brüning und die von rechts stammenden oder nach rechts strebenden Minister und Regierungsstützen nicht sehnsüchtig und beharrlich all ihre Hoffnung auf die Deutschnationalen gesetzt hätten, statt die Hälfte dieser Betriebsamkeit für eine Verständigung mit den Sozialdemokraten aufzuwenden, die zwar auch Fehler gemacht und übertriebene und kaum füllbare Bedingungen vorgeschoben haben, aber doch wenigstens aus staatspolitischen Gründen verhandlungsbereit gewesen sind. Die Berechnung des Herrn Brüning und seiner Nebenmänner und Hintermänner, Graf Westarp werde die notwendige Zahl der Hilfsmannschaften von Hugenberg losreissen, hat sich, da nur fünfundzwanzig abfielen, als irrig herausgestellt. Und ebenso falsch war die Rechnung jener reaktionären Wirtschaftskreise, die prinzipiell jede sozialdemokratische Forderung ablehnen, denn zwei Monate der Unsicherheit und der überhitzten Wahlagitation werden die deutsche Wirtschaft sehr viel mehr kosten können. Aber das alles ist nun schon Vergangenheit. Es hat wenig Sinn, das abgeschlossene Kapitel mit kritischen Randbemerkungen zu versehen und zurück zu blicken, statt geradeaus. Gegen wen richtet sich der Kampf? Gegen die schlimmste und nächste Gefahr.

Die 236 Stimmen, die am Freitag im Reichstag für die Aufhebung der Notverordnung abgegeben wurden, kamen von dem deutschnationalen Hugenberg-Rumpf, den Nationalsozialisten, den Kommunisten und der Sozialdemokratie. Obgleich die Sozialdemokraten sich gegen die Regierung ausgesprochen haben, sollte auch der strammste Regierungsanhänger verstehen, dass man sie im Wahlkampf anders wird ansehen müssen als Hugenberg, Goebbels, Torgler und Kompanie. Die Sozialdemokratie hat die Notverordnung aus sehr ernsthaften, sehr gewichtigen Bedenken verworfen, zu denen sich auch hervorragende Staatsrechtler und Verfassungsgelehrte bekennen. Die von Hugenberg begleiteten Nationalsozialisten, denen doch eigentlich die diktatoriale Verordnungsgeste, die Ausschaltung des Parlaments, behagen müsste, haben, ebenso wie die Kommunisten, die Auflösung erzwungen, weil sie da die erwünschten Gelegenheiten zu Krakeel und Strassenschlachten sehen. Die Sozialdemokratie hat einen Finanzreformplan vorgelegt, über den, soviel Widerspruch auch einzelne Punkte erregen konnten, sich reden liess. Auf Hugenbergs Wunschliste hiess es, die ganze Politik des Reiches, die innere und die äussere, müsse von Grund auf umgewandelt, das heutige preussische Regime beseitigt, die Abstimmung im übrigen bis zum Herbst, das heisst bis zur Reifezeit dieser Früchte, vertagt werden, und der Rest war ähnlich verführerisch. Mit Männern, wie Severing und Hermann Müller, zu regieren, ist nicht schwer. Aber es regiere mal einer mit Hitler und Hugenberg! Sollten weder diese Argumente noch der Hinweis auf die Unentbehrlichkeit der grossen staatstreuen Arbeiterpartei gewisse Leute von dem Vorsatz abbringen können, die alte Lieblingslosung „gegen den Marxismus“ auch diesmal zur Hauptparole zu machen, so hält sie vielleicht eine praktische Erwägung von solcher Betätigung ab. Eine derartige Wahlanstrengung wäre eine sehr unfruchtbare Verschwendung von Geld, Druckerschwärze und Lungenkraft. In Sachsen haben die Bürgerparteien gemeinsam mit den Nationalsozialisten den Sturmlauf gegen den „Marxismus“ unternommen, und es hat gar nichts genützt. Heute schon sagt jeder Kundige voraus, dass die Sozialdemokratie nicht wesentlich geschwächt, und vielleicht noch vermehrt, in den Reichstag zurückkehren wird. Es ist ein eigentümliches Vergnügen, mit dem Kopf gegen die Wand zu rennen. Köpfe, die so verwendet werden, sind gewiss nicht viel wert.

Die Wahl in Sachsen ist den Neuwahlen zum Reichstag als lehrhaftes Beispiel vorangegangen. Dort haben die Nationalsozialisten nicht nur ihren deutschnationalen Brüdern, von denen nicht viel übrig geblieben ist, schweres Leid zugefügt, sondern auch den bürgerlichen Mittelparteien, und besonders der hart betroffenen Deutschen Volkspartei, Wähler und Mandate abgejagt. Es braucht jetzt nicht geschildert zu werden, welches Unheil, welche Bedrohung dem Lande aus der nationalsozialistischen Epidemie erwächst. Darüber wird man in den zwei angenehmen Monaten, die uns bevorstehen, ja wohl reden, und hoffentlich wird es nicht an den Ciceros fehlen, die den Mut und die Wortgewalt haben, wie der andere zu fragen: „Wo wird deine Frechheit aufhören, sich zu blähen?“ Dieses Gemisch von neurasthenischem Worttalent, zugelaufenem Katilinariertum, verirrter Jugendeselei, rassenneidischem Minderwertigkeitsgefühl, wolkiger Ideologie, blöden Brutalitätsinstinkten und idealistischer Selbstbespiegelung hat heute für viele einen verlockenden Reiz. Viele, die arm an Besitz und Einkommen geworden sind, finden einen seltsamen Trost bei der Armut an Geist. Es ist, soweit nicht raffinierte Spekulation am Werke ist, eine vorwiegend pathologische Erscheinung, und bedauernswerte Menschen, die unter der eigenen unverschuldeten Not zermürbt sind, glauben, bei ihr Gesundung finden zu können. Wie die Gesundung aussähe, die der Nationalsozialismus ihnen, dem ganzen Volk, dem Staat, der Wirtschaft, dem gerade eben wieder von dem stilistisch gewandten Goebbels mit spitziger Feder zerpiekten kapitalistischen Gegenwartssystem bringen würde, versucht oder vermag anscheinend noch nicht jeder ehrbare Bürger sich vorstellen. Der Trieb, den Staat und die staatliche Ordnung zu erhalten, ist heute bei manchen Parteien einigermassen durch egoistischere Interessen verdrängt. Aber vielleicht bringt sie diesmal wenigstens ihr Selbsterhaltungstrieb, ihr Egoismus auf den richtigen Weg. Die Deutsche Volkspartei weiss, was sie in Sachsen durch schwächliche Zurückhaltung gegenüber dem Nationalsozialismus verloren hat. Die anderen haben auch ihren Anteil an der Zeche bezahlt. Wenn sie sich nicht alle zur Abwehr zusammenschliessen, nicht alle begreifen, wo der Feind steht, und nicht mit der äussersten Entschiedenheit gegen ihn handeln, wird es ihnen im Reiche genau wie in Sachsen ergehen. Nur sollen sie nicht meinen, dass die nationalsozialistische Demagogie sich mit den Methoden bewährter Parteiveteranen, mit Zimperlichkeit und Vornehmgetue niederschlagen lässt. Sie wollen keine Vorherrschaft der Sozialdemokratie? Man kann ihnen zugestehen, dass in einem Parlament die Vorherrschaft einer Partei, die wechselnde Majoritäten ausschliesst, ein Nachteil ist. Aber wenn der zum Mitregieren doch wohl unfähige Nationalsozialismus mit fünfzig oder sechzig Helden in den Reichstag einzieht und die Mittelparteien durch ihn entsprechend geschwächt sind, dann kann, so will es die Arithmetik, keine Regierungsbildung ohne die Sozialdemokraten zustande kommen. Da die Sozialdemokratie, eine feststehende Tatsache, nicht geschlagen werden kann, muss man das übermässige Wachstum der Nationalsozialisten verhindern, wenn die sozialdemokratische Vorherrschaft verhindert werden soll. Es ist bekannt, dass das Kabinett der Herren Brüning und Treviranus sich als ein Kabinett „der Frontsoldaten“ fühlt. Hoffentlich verstehen sich diese Frontsoldaten auf die Strategie.

Das Dümmste wäre, in diesen Wahlkampf mit Missmut und Furcht hineinzugehen. So liegen die Dinge doch nicht, dass man nun glauben müsste, der Nationalsozialismus werde, wie in Sachsen, das Rennen im Handgalopp gewinnen. Er wird seinem Bundesgenossen Hugenberg, dem armen, verlassenen, sturen Lear, der seine traurigen Blössen nur noch mit dem Papier des „Lokalanzeigers“ bedecken kann, die letzten Wähler wegnehmen und ohne Zweifel auch in der herumschwimmenden Masse der immer suchenden und niemals findenden Seelen einen guten Fischzug tun. Darauf muss man vorbereitet sein, aber die Krankheit wird sich nicht unerträglich ausbreiten, wenn man ihr einen gemeinsamen und entschiedenen Willen entgegenstellt. Einen Block gegen diese Gefahr, mag er nun von der einen Regierungspartei „Hindenburg-Block“ und von einer anderen anders getauft werden, machen wir mit. Keinesfalls einen von Westarp, Brüning und Scholz dirigierten Block gegen links. Die Schaffung eines solchen Wahlblocks wäre vielleicht auch nur ein erster Schritt, und der zweite könnte, nach den Wahlen, trotz alledem, die Bildung einer Regierung mit den Nationalsozialisten nach thüringischem Muster sein. Das erscheint als ein naives Schreckbild, als ein verrückter und unmöglicher Gedanke, aber in Thüringen vollbringen Volkspartei und Wirtschaftspartei seit langen Monaten das scheinbar Unmögliche, und für manche Leute gibt es, wenn ihnen die Fanfare „gegen den Marxismus“ in die Ohren klingt, keine Unmöglichkeit. Wer die Voraussetzungen dafür schaffen will, dass uns im Reiche ein Frick beschert werden könnte, der beteilige sich an einem solchen Block. Wer keinen Frick will, wird — sicher ist sicher — wünschen müssen, dass

Neugruppierung rechts.

Was wird Minister Schiele tun?

Nach dem Austritt der Westarp-Gruppe aus der Deutschnationalen Volkspartei scheint der Zeitpunkt gekommen zu sein, wo die verschiedenen im Laufe der letzten Zeit von der intransigenten Führung abgestossenen Teile der Rechten zu einem neuen Gebilde zusammenwachsen. Ganz so einfach, wie es von aussen gesehen erscheint, wird der Vorgang vielleicht nicht werden; dazu sind die Rivalitäten zwischen der ersten und der zweiten Staffel doch wohl zu gross. Immerhin sind Bestrebungen zur Einigung auf der Linie Schiele—Westarp—Treviranus im Gange. Freilich ist bisher von einem Austritt des Ministers Schiele aus der Deutschnationalen Partei nichts bekannt geworden; er war ihr, nach dem Eintritt ins Kabinett und der Mandatsniederlegung im Frühjahr, organisationsmässig treu verblieben. Dieses Band, das kaum aus Eisen sein dürfte, müsste also zunächst durchschnitten werden, ehe weitere Massnahmen erfolgen. Schon daraus ergibt sich, dass es jetzt sehr wesentlich auf die Stellungnahme des Reichslandbundes ankommen wird, der als Stahlgerippe für den Neubau dienen müsste, wenn dieser haltbar sein soll. Mit besonderem Interesse sieht man daher einer auf den nächsten Dienstag einberufenen Sitzung des Bundesvorstandes des Reichslandbundes entgegen, die von erheblicher politischer Bedeutung werden kann, obwohl der Reichslandbund formell neutrale wirtschaftliche Organisation bisher immer Wert darauf gelegt hat, eine allzu deutliche unmittelbar politische Tätigkeit zu vermeiden. Vor dieser Sitzung ist eine Entscheidung über die neue Gruppierung auf der Rechten nicht zu erwarten.

*

Das bereits gestern von uns erwähnte Schreiben des Grafen Westarp an Hugenberg, in dem er seinen Austritt aus der Deutschnationalen Partei mitteilt, hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Hugenberg!

Die heutigen Verhandlungen haben endgültig gezeigt, dass ich die Verantwortung für die von Ihnen geführte Politik nicht weiter tragen kann. Deshalb sehe ich mich genötigt, aus der Deutschnationalen Volkspartei auszutreten.

Mit vorzüglicher Hochachtung

gez. Graf Westarp.